

22.09.2021

E-Auto-Boom in den USA käme deutschen Ingenieurdienstleistern zugute

Potenzielle Kunden sind nicht nur eingesessene Autobauer oder Ladeinfrastrukturanbieter

(GTAI) - Ab 2022 sollen im Volkswagen (VW)-Werk in Tennessee das Kompakt-SUV ID.4 und im Mercedes-Benz-Werk in Alabama vollelektrische SUV vom Band rollen. Weitere E-Modelle in den USA zu bauen, haben deutsche Autobauer bisher zwar noch nicht geplant. Doch gibt die US-Autoindustrie, die bis 2020 allenfalls halbherzig auf Elektromobilität umgeschwenkt ist, nun selbst tüchtig Gas: General Motors (GM) und Ford wollen bis 2025 jeweils zweistellige Milliardenbeträge in die Entwicklung von E-Mobilen investieren. Deutschen Servicedienstleistern für die Branche erwachsen dort große Chancen: "Ob Hybrid oder rein batterieelektrisch: Unser US-Geschäft wächst nachhaltig", sagt Ronald Grosse, Executive Vice President der US-Niederlassung des Entwicklungsdienstleisters Bertrandt.

"Neben den E-Offensiven der Erstausrüster wird dabei künftig auch der Ausbau und die Absicherung des Ladenetzes eine wichtige Rolle spielen", fügt der gelernte Maschinenbauingenieur hinzu. So will US-Präsident Joe Biden bis 2030 eine halbe Million neue öffentliche Ladestationen errichten. Vor allem mangelt es in den USA an Schnellladepunkten im Vergleich zu Normalladesäulen. Für viele Vorhaben, darunter zur Förderung der E-Mobilität, wird Biden indes die Unterstützung der Opposition brauchen. Bundesstaaten wie Kalifornien und Massachusetts bieten zwar schon hohe Anreize für den Kauf von E-Fahrzeugen. Bevor Unternehmen aber stärker in den Ausbau der US-weiten Ladeinfrastruktur investieren, werden sie sorgfältig beobachten, wie stark die E-Mobilität in Zukunft durch die Politik im Weißen Haus gefördert wird.

Lesen Sie den ganzen Artikel bei [Germany Trade & Invest](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.